

75 Jahre SVP : Mingers Nachfahren suchen ihren Weg

Autor(en): **Moser, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **48 (1993)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-892092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

75 Jahre SVP: Mingers Nachfahren suchen ihren Weg

Wenn wir an dieser Stelle dem Jubiläum der Schweizerischen Volkspartei Raum gewähren, so deshalb, weil die Geschichte des damaligen Aufbruchs im Bauernstand historisch gesehen interessant ist, aber auch, weil der Möscherberg ursprünglich aus dieser Partei herausgewachsen ist und zugleich ihr grösster Stolperstein wurde. Unterschiedliche Auffassungen über die Wirtschaftspolitik führten 1935 zum Bruch mit den Jungbauern und wirken zum Teil bis heute nach. Der nachfolgende Beitrag des Historikers Peter Moser basiert teilweise auf Dokumenten, die er im Möscherberg-Archiv aufgearbeitet hat. (Vgl. KULTUR+POLITIK 4/93, S. 18. Red.)

In den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs stiegen einerseits die Preise für landwirtschaftliche Produkte markant an, andererseits bescherte die Dienstpflicht von Männern und Pferden der bäuerlichen Bevölkerung auch viel Mehrarbeit und die Ungewissheit, was mit dem neugewonnenen Wohlstand nach Kriegsende passieren werde. Der im Sommer 1918 realisierte Entscheid der Berner Bauern, sich politisch vom Freisinn zu lösen, geht auf diese Mischung aus neugewonnenem Selbstvertrauen und der Angst vor einer ungewissen Zukunft zurück.

Die Gründung der Bauern- und Bürgerpartei leitete im Kanton Bern eine Umkehr der bisherigen politischen Repräsentation der Landschaft ein: Anstatt vom zunehmend städtisch dominierten Freisinn wurde die Landbevölkerung künftig von der ländlichen Oberschicht vertreten. Rudolf Minger und seine Mitstreiter empfanden sich anfänglich als fortschrittliche Kraft und interpretierten ihre Parteigründung durchaus als revolutionäre Tat, die dem Neuen verpflichtet sei. Doch der nur wenige Monate nach der Parteigründung ausgebrochene Generalstreik verhalf der Partei im Spätherbst 1918 auch in städtischen Gebieten zu einer grossen Zahl neuer Mitglieder und Sympathisanten, die in der neuen Organisation einfach das verlässlichere Bollwerk gegen die selbstsicher auftretende Linke sahen als im geschwächten Freisinn und den kaum mehr organisierten städtischen Konservativen.

Erfolg auf Anhieb

Der unerwartet grosse Erfolg bei den im Herbst 1919 erstmals nach dem Proporz-System durchgeführten Nationalratswahlen zementierte diese Linie. Mit 16 der insgesamt 32 Berner Nationalräte gewann die Partei nämlich sogar mehr Sitze, als sie wählbare Kandidaten nominiert hatte. Das Gewerbe, das eine

Zeitlang ebenfalls einen politischen Alleingang in Erwägung zog, schloss sich 1921 der neuen, jetzt Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei genannten Organisation ebenso an wie die Überreste der alten konservativen Volkspartei.

Aber der Höhenflug der Gründerzeit liess sich nicht beliebig wiederholen. Schon ab Mitte der zwanziger Jahre kam es zu einer spürbaren Entfremdung zwischen der Parteispitze und Teilen ihrer Anhängerschaft. Die im Parteiprogramm erwähnten und umworbenen, in den Parteigremien und auf den Wahllisten aber nicht vertretenen ländlichen Unterschichten waren von der BGB-Wirtschaftspolitik schon bald ebenso enttäuscht wie diejenigen städtischen Anhänger, die die neue Organisation vor allem als antibolschewistische Mittelstandspartei interpretiert hatten.

Die Milchpreissenkungen (von 28 Rappen 1925 auf 22 Rappen 1929) und die Erhöhung der Hypothekarzinsen führten Ende der zwanziger Jahre zu einer Konzentration und Radikalisierung der BGB-Aktivitäten im agrarpolitischen Bereich. Mit der Organisation einer bäuerlichen Grosskundgebung auf dem Bundesplatz im September 1928 versuchte die Parteiführung, die steigende Unzufriedenheit auf dem Lande aufzufangen. Rudolf Minger, der in diesem Jahr den Nationalrat präsidierte, griff die Behörden scharf an.

Aber die nur ein Jahr danach erfolgte Wahl Mingers in den Bundesrat hatte für die Bauern mehr symbolische Bedeutung, als dass sie eine materielle Besserung bewirkte: Schon 1930 wurde der Milchpreis nämlich erneut gesenkt und 1933 sogar die Milchproduktion kontingentiert. Es wurde immer deutlicher, dass auch Minger die freisinnig-katholisch-konservative Krisenpolitik, die statt mit einer Frankenabwertung mit einem Lohn- und Preisabbau in der Schweiz die Exportwirtschaft wieder konkurrenzfähig machen wollte, unterstützte.

Zum Teil aus eigenem Interesse (nicht alle Bauern waren verschuldet, es gab auch zahlreiche Gläubiger unter ihnen), zum Teil aus Loyalität zu ihrem Bundesrat und den bisherigen politischen Bündnispartnern unterstützten auch immer mehr Bauernvertreter die Abbaupolitik. Gottfried Gnägi, der Nachfolger Mingers als bernischer Parteipräsident, beispielsweise wurde Mitglied der vor allem aus Banken- und Exportindustriekreisen gebildeten «Vereinigung für gesunde Währung».

Müllers «neuer Weg»

Diese Anpassung der Parteiführung an die bundesrätliche Politik alarmierte die Verfechter der Kaufkrafttheorie innerhalb der BGB und der bäuerlichen Organisationen. Im Bernbiet war es zuerst vor allem Hans Müller, der Leiter der Bauernheimatbewegung (Jungbauern), der sich gegen diesen Kurswechsel stellte. Müller, der 1927 von der Partei mit der Jugendbildungsarbeit beauftragt und 1928 in den Nationalrat gewählt worden war, setzte sich kompromisslos für die Erhaltung der Löhne und Preise ein; er berief sich dabei immer wieder auf Bauernsekretär Ernst Laur, der im September 1931 erklärt hatte, für den Bezug von Milch und Fleisch sei die Lage der Arbeiter viel wichtiger als die Gewinne der Fabrikanten. Mitglieder, die aus Enttäuschung über die zunehmende Unterstützung der Abbaupolitik durch die BGB-Führung die Partei verlassen wollten, forderte Müller auf, bis 1935 zu bleiben und sich innerhalb der Partei für einen Kurswechsel, einen «neuen Weg», einzusetzen.

Parteiinterner Kampf

Dieser Kampf um die wirtschaftspolitische Grundhaltung der BGB wurde innerhalb der Parteigremien mit äusserster Härte ausgetragen. Die Auseinandersetzungen wurden so heftig, dass sich der Wahlkampf bei den Grossratswahlen von Anfang Mai 1934 fast ausschliesslich innerhalb der BGB abspielte. Beide Richtungen mobilisierten ihre Anhänger mit allen Mitteln und forderten sie in Flugblättern auf, die Kandidaten des eigenen Weges auf Kosten der anderen zu kumulieren.

Das Resultat war für beide Seiten enttäuschend. Zwar konnte die Partei ihre 101 Mandate halten – und damit den seit 1926 anhaltenden Rückgang erstmals aufhalten –, aber zahlreiche bisherige Grossräte wurden nicht wiedergewählt. Auf der anderen Seite war die Zahl der gewählten Jungbauern kleiner als man auf dem Möscherberg gehofft hat-

te, schlossen sich doch nur 18 Grossräte innerhalb der BGB-Fraktion zur jungbäuerlichen Gruppe zusammen.

Jungbauern gegen BGB

Die Grossratswahlen hatten die Grenzen der Einflussmöglichkeiten der Jungbauern innerhalb der Partei aufgedeckt. Wollten sie den Kampf gegen die bundesrätliche Krisenpolitik weiterverfolgen und ihre Politik der Preis- und Lohngarantie umsetzen, waren sie auf die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen angewiesen. Die naheliegendsten Partner waren die Angestelltenverbände und die Gewerkschaften, mit denen zusammen gleich nach den Grossratswahlen denn auch mit der Erarbeitung der Kriseninitiative begonnen wurde. Das im Sommer 1934 lancierte Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not, das von den Behörden eine aktive Krisenbekämpfung verlangte, stiess auch in Landgemeinden auf grosse Zustimmung.

Der mit äusserster Heftigkeit geführte Abstimmungskampf vertiefte den Graben zwischen der BGB-Führung und den Jungbauern so weit, dass er unüberbrückbar wurde. Gesamtschweizerisch wurde die Initiative zwar abgelehnt, im Kanton Bern aber trotz der massiven Ablehnung durch Bundesrat Minger angenommen. Der formelle Bruch erfolgte dann nach den Nationalratswahlen vom Herbst 1935.

Richtlinienbewegung

Nach den guten Erfahrungen bei der Kriseninitiative wurde die jungbäuerliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch auf die Sozialdemokratische Partei, die jetzt die militärische Landesverteidigung unterstützte, ausgedehnt. In der Richtlinienbewegung machten neben den Gewerkschaften, der SP und den Jungbauern unter anderen auch die Schaffhauser Bauernpartei und die Bündner Demokraten mit.

Die Stimmbürger hatten zwar die Kriseninitiative abgelehnt, aber die Abbauvorlagen des Bundesrates wurden auch verworfen. Der Landesregierung blieb deshalb nicht viel anderes übrig, als einen Teil der Postulate der Kriseninitiative doch noch Schritt für Schritt zu realisieren. Dieser graduelle Kurswechsel der Behörden trug nicht wenig zur schnellen Erholung der BGB bei. Weitgehend befreit von den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik, fand die bernische BGB nur ein Jahr nach der Abspaltung der Jungbauern sogar den Elan, sich

erfolgreich für den Zusammenschluss der meisten kantonalen Bauern- und Bürgerparteien in der Schweizerischen BGB einzusetzen. Mit grossem strategischen Geschick inszenierte die bernische Parteiführung im Winter 1936/37 auch im Kanton Bern eine Offensivkampagne im Bildungs- und Organisationsbereich, so dass die Partei relativ selbstbewusst in die Grossrats- und Regierungswahlen 1938 steigen konnte.

Der Verzicht auf die Forderung nach der Diktatur des Proletariates bei der SP und die schrittweise Übernahme der Politik einer aktiven Krisenbekämpfung durch die Behörden hatten die ideologischen Differenzen zwischen der SP und den Bürgerlichen zwar massiv verringert, aber die Zusammenarbeit der Jungbauern und der SP in der Richtlinienbewegung stellte die bis jetzt allein regierenden Bürgerlichen vor eine viel grössere Herausforderung als der vorherige Verbalradikalismus der SP. Im Kanton Bern konnten Vorlagen gegen die SP/KB-Koalition nicht mehr durchgebracht werden, das hatten seit der Kriseninitiative verschiedene Abstimmungen gezeigt.

Regierungssitze für SP

Es war Markus Feldmann, der Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung» und spätere Bundesrat, der die Gefahr, die diese neue Konstellation für die Regierungswahlen bedeuten konnte, als erster erkannte. Es gelang ihm, nach anfänglichem Widerstand die Freisinnigen und seine eigene Partei zu überzeugen, den Sozialdemokraten freiwillig zwei Regierungssitze abzutreten und so die Gefahr des Verlustes der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung zu bannen. Weil die bernische SP dieses Angebot – und damit einen Einzug Robert Grimms ins Rathaus – einer möglichen Kampfwahl um die Mehrheit in der Regierung mit den Jungbauern vorzog, kam es innerhalb der Richtlinienbewegung zu starken Spannungen. Auf schweizerischer Ebene zerbrach diese Koalition im Winter 1938/39, als die SP dem Finanzprogramm 4, das die Jungbauern heftig bekämpften, nach anfänglicher Ablehnung im Sinne der nationalen Verständigung nachträglich doch noch zustimmte. Der Bruch mit der Richtlinienbewegung hat die Jungbauern noch vor dem Ausbruch des Krieges politisch vollständig isoliert. Auf dem Möschi war man sich bewusst, dass man nach den bürgerlichen Parteien nun auch von der SP bekämpft würde. Wurden die Jungbauern bis jetzt vor allem als Kommunisten verschrien, so ertönte nun vor al-

lem der Vorwurf, sie seien Nazi-Sympathisanten. Die masslose Kritik Müllers an der «alten Führung» während des Krieges und das Abseitsstehen vom nationalen Konsens der grossen Parteien verhalf diesem Vorwurf bis weit in die Nachkriegszeit zu einer grossen Verbreitung in der Öffentlichkeit.

Gründe für Bio-Skepsis?

Die Marginalisierung der Bauernheimatbewegung hielt bis in die siebziger Jahre an, obwohl sie sich schon 1947 aus der Politik zurückzog und auf die Entwicklung und Förderung des biologischen Landbaus konzentrierte. Die bis in die jüngste Vergangenheit durchdringende Aversion einzelner SVP-Exponenten gegen den biologischen Landbau ist denn auch in vielen Fällen mehr oder weniger direkt auf die bitteren, von den Betroffenen bis jetzt kaum je sachlich analysierten Auseinandersetzungen der dreissiger Jahre zurückzuführen. Oder wie anders ist es zu verstehen, dass noch 1980 SVP-Nationalrat Rudolf Reichling – dessen Vater einer der vehementesten Gegner Müllers war – den Bundesrat bat, «dem Unfug mit sogenannten biologischen Methoden Einhalt zu gebieten», da bei einem Ausbau des biologischen Landbaus «noch eine weitere Milliarde der Weltbevölkerung hungern oder verhungern würde».

Die historische Erfahrung bestätigt die Vermutung, dass es bei der heutigen Auseinandersetzung innerhalb der bernischen SVP weniger darum geht, ob die Partei eine «liberale» oder «populistische» Grundhaltung einnehmen soll, als vielmehr um das Ringen zwischen zukunftsfreudigen Optimisten einerseits und einem Teil der von der aktuellen Entwicklung in ihrer bäuerlichen Existenz gefährdeten Bauern andererseits. Dass ausgesprochen viele Bauern die von alt Nationalrat Fritz Rätz lancierte Petition gegen den Kantonalpräsidenten Albrecht Rychen unterschrieben, ist kein Zufall. Der EWR war lediglich der Auslöser des Misstrauensvotums, im Prinzip geht es aber um die gesellschaftliche Entwicklung generell – und die Agrarpolitik im speziellen. Um diejenige Agrarpolitik nämlich, die einem Grossteil der heute noch existierenden Mittellandbauern zu einer rechten Existenz verhalf, diese jetzt aber im Ungewissen stehen lässt. Viele dieser – soziologisch gesehen – Nachfahren Mingers stehen heute vor dem gleichen Schicksal, das ihr politisches Vorbild, auf das sie sich vermehrt berufen, für seine (klein)bäuerlichen Kritiker in den dreissiger Jahren als unvermeidlich ansah: vor der Verdrängung aus der Urproduktion.